



MONATSBRIEF UNGARN

MITTWOCH, 8. JANUAR 2025

Ungarische „Friedensmission 2.0“

Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán ist Anfang Dezember zu einer erneuten „Friedensmission“ aufgebrochen. Die erste Station seiner Reise führte ihn nach Rom, wo er am Mittwoch, dem 4. Dezember 2024, von Papst Franziskus im Vatikan empfangen wurde. Bei der Audienz standen der Krieg in der Ukraine und die unterschiedlichen Friedensbemühungen sowie die Bedeutung und Förderung der Familien im Vordergrund. Auch weitere Themen von beiderseitigem Interesse kamen zur Sprache, darunter die ungarische EU-Ratspräsidentschaft sowie die Möglichkeiten zum besseren Schutz der jungen Generationen. Dies ist bereits das zweite Mal, dass Viktor Orbán Papst Franziskus und den Vatikan aufsucht, um für die Unterstützung seiner Friedensbemühungen zu werben. Orbán besuchte den Vatikan zuletzt am 21. April 2022, was zugleich auch die erste Auslandsreise nach seiner Wiederwahl war.



Viktor Orbán (m.) unterwegs auf zweiter „Friedensmission“. Neben Papst Franziskus (l.) besuchte er auch Giorgia Meloni und Donald Trump, telefonierte überdies mit Wladimir Putin.

Quelle: MTI / Vatikan-Medien

Im Anschluss wurde Orbán von der italienischen Ministerpräsidentin Giorgia Meloni empfangen. Neben den ungarisch-italienischen Beziehungen standen bei diesem Treffen ebenfalls die Beendigung des Krieges in der Ukraine sowie der mögliche Wiederaufbau des

osteuropäischen Landes nach dem Krieg auf der Tagesordnung. Zudem tauschten sich die beiden Regierungschefs über die aktuellen Entwicklungen im Nahen Osten und Fragen der illegalen Migration aus. Die Beziehungen zwischen den beiden Regierungen gelten als gut, teilen sie doch eine Vielzahl an gemeinsamen Ansichten in Fragen der Familienpolitik, Migration sowie der Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit.

Der ungarische Außenminister hingegen war bereits kurz zuvor, am 2. Dezember 2024, nach Russland gereist und hatte sich dort zu Besprechungen mit seinem Amtskollegen Sergej Lawrow getroffen. An das Treffen in Moskau schlossen sich einige Tage später weitere Gespräche am Rande der Tagung des Außenministerrats der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) auf Malta an, wo sich Außenminister Szijjártó am 5. Dezember 2024 mit den Außenministern Russlands und des Vatikans traf. Zwischen diesen beiden Treffen war der ungarische Außenminister zunächst nach Brüssel gefahren, um an einem Treffen der NATO-Außenminister teilzunehmen, bevor er im Anschluss nach Washington D.C. weitergeflogen war, wo er sich mit Mike Waltz, dem designierten nationalen Sicherheitsberater von Präsident Trump, zu weiteren Gesprächen getroffen hatte. Der Krieg in der Ukraine sowie seine schnellstmögliche Beilegung war bei beiden Treffen das zentrale Thema und Szijjártó betonte in Washington seine Zuversicht, dass eine erneute Trump-Administration die besten Chancen bieten würde, den Krieg in der Ukraine rasch zu beenden.

Am Montag, den 9. Dezember 2024, reisten sowohl Orbán als auch Szijjártó zu einem weiteren Treffen nach Florida zum Anwesen Mar-a-Lago von Präsident Donald Trump. Dort trafen sie sich neben dem gewählten Präsidenten der Vereinigten Staaten ebenfalls mit dem Unternehmer Elon Musk. Begleitet wurden der ungarische Ministerpräsident und Außenminister vom ungarischen Geschäftsmann Gellért Jászai, dem Chef des ITK-Konzerns 4iG. In einem gesonderten Gespräch stellte Jászai dem SpaceX-Inhaber Elon Musk das Satellitenprogramm HUSAT vor. Die 4iG-Gruppe errichtet in Martonvásár ein Fertigungszentrum für Weltraumtechnologien. In strategischer Zusammenarbeit mit Rheinmetall und Remred sollen dort ab 2026 kleine Weltraumsatelliten mit einem Gewicht von maximal 400 Kilogramm für den Einsatz in niedriger Erdumlaufbahn hergestellt werden. Eine potenzielle Kooperation mit SpaceX erscheint nach den Gesprächen zumindest nicht undenkbar, gleichwohl dies von keinem der Beteiligten bestärkt wurde.

Am Montag, den 11. Dezember 2024, folgte ein etwa einstündiges Telefongespräch zwischen dem Präsidenten der Russischen Föderation Wladimir Putin und dem ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán. Im Rahmen des Gesprächs wurden unter anderem die potenzielle Beilegung des Krieges in der Ukraine, die Fertigstellung des geplanten Atomkraftwerks Paks II sowie die aktuellen Entwicklungen im Nahen Osten besprochen. Dem Moskauer Kommuniké zufolge bekundete Orbán sein Interesse daran, gemeinsam nach einer politischen und diplomatischen Lösung der Krise zu suchen. Putin selbst zeigte sich jedoch wenig überzeugt und verwies darauf, dass der „destruktive Kurs des Kiewer Regimes“ eine zeitnahe friedliche Beilegung des Konfliktes ausschließe. Dieses Resultat kann Beobachter ernüchtert zurücklassen.

Neuziehung der Wahlkreise

Zu Beginn des Dezembers wurde im Parlament verkündet, dass die ungarischen Wahlkreise neu zugeschnitten würden. Den zugehörigen Antrag reichte der Vorsitzende des Justizausschusses, Imre Vejkey (KDNP), ein. Grundlage für die Neuzuschneidung bilden die demographischen Verschiebungen innerhalb der Wahlkreise. Laut gesetzlichen Bestimmungen darf ein Wahlkreis in der Zahl der eingetragenen Wähler den Landesdurchschnitt nicht um mehr als 15 % überschreiten. Sollte die Abweichung mehr als 20 % betragen, greift sogar eine gesetzliche Pflicht zur Korrektur. Der Hintergrund dieser Regelung ist, dass jeder Wahlkreisabgeordnete ungefähr gleich viele Bürger vertreten soll und somit jede Stimme gleich viel wert ist. Dies trifft jedoch auf einige Wahlkreise im wirtschaftsstarken und wachsenden Budapester Umland des Komitats Pest nicht mehr zu. Eine vom Verfassungsgericht angemahnte Neuziehung stand seit mehreren Jahren aus. Dieser Missstand soll nun behoben werden. In Budapest wird die Zahl der Wahlkreise um zwei reduziert, während im Komitat Pest zwei neue Wahlkreise hinzugefügt werden. Die Grenzen der umliegenden Wahlkreise müssen dementsprechend neu gezogen werden. Der Zeitpunkt des Vorhabens fällt in den gesetzlichen Rahmen, der vorschreibt, dass derartige Änderungen bis zum 1. Januar des Jahres vor der jeweiligen Wahl umgesetzt werden müssen. Da die Parlamentswahlen 2026 stattfinden, galt es also, die Wahlkreise bis zum 1. Januar 2025 zu korrigieren.

Die Oppositionsparteien kritisierten das Vorgehen der Regierungsmehrheit. Zwar gebe es keine Diskussion über die offensichtliche Notwendigkeit zweier neuer Wahlkreise im Komitat Pest, allerdings sei es unbegründet, diese der Hauptstadt Budapest abzuziehen. Der landesweite Durchschnitt pro Wahlkreis beträgt derzeit 71.000 Wähler. Budapest liegt mit 68.000 bisher leicht unter dem Durchschnitt. Bevölkerungsarme Komitate wie Somogy oder Tolna weisen allerdings teils Wahlkreise mit unter 60.000 Personen, also einer viel stärkeren Abweichung vom Landesschnitt auf. Durch die Größerziehung der Budapester Wahlkreise aufgrund der geplanten Verringerung ihrer Zahl um zwei würden die Hauptstadtwahlkreise in Zukunft weit über dem Durchschnitt liegen. Die Opposition wertete die Entscheidung also als Angriff gegen jene Gebiete, in denen sie vorne liege. Während Fidesz-KDNP bei der letzten Parlamentswahl nämlich beinahe alle Wahlkreise auf dem Land für sich entscheiden konnten, gewann die Opposition die Hauptstadt bis auf einen der 18 Wahlkreise ausnahmslos. Auch die Form der neuen Wahlkreise und das Einbringen der Vorlage im letzten Moment ohne ausreichend gewissenhafte Vorbereitung wurden kritisiert.

Fusion von Finanz- und Wirtschaftsministerium zu neuem Superministerium

Die ungarische Regierung hat einen Gesetzesentwurf eingereicht, der die Ministerien neu strukturiert. Die wichtigste Änderung betrifft die Auflösung des Finanzministeriums, das ab dem 1. Januar 2025 vollständig in das Wirtschaftsministerium integriert wird. Damit entsteht ein sogenanntes „Superministerium“, das die Aufgaben beider Ministerien übernimmt und vom bisherigen Wirtschaftsminister Márton Nagy geführt werden wird, welcher damit zum wichtigsten Akteur der ungarischen Wirtschaftspolitik avanciert. Diese Reform soll die wirtschaftspolitische Steuerung der Regierung straffen und knüpft an frühere Ankündigungen von Ministerpräsident Viktor Orbán an, der bereits zuvor die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsministeriums in Aussicht gestellt hatte. Der derzeitige Finanzminister, Mihály

Varga, soll, nach Ablauf von Matolcsy Györgys Mandat im März 2025, zum neuen Präsidenten der Ungarischen Nationalbank ernannt werden. Diese Struktur erinnert an die erste Amtszeit der Orbán-Regierung in den frühen 2010er Jahren, als bereits ein ähnliches Superministerium für wirtschaftspolitische Entscheidungen verantwortlich war. Diese Veränderungen zielen darauf ab, die ungarische Wirtschaftspolitik zu zentralisieren und effizienter zu gestalten. Gleichzeitig markiert die Reform einen bedeutenden Wechsel in den politischen Spitzenpositionen des Landes.

Bilanz der ungarischen EU-Ratspräsidentschaft 2024

Mit dem Jahr 2024 endete auch die ungarische EU-Ratspräsidentschaft 2024. Die Ratspräsidentschaft wurde von verschiedenen politischen Akteuren und Beobachtern unterschiedlich evaluiert. Während Ministerpräsident Viktor Orbán durch, als provokativ empfundene, politische Aktionen, wie seine umstrittene Ukraine-Friedensmission und Treffen mit den Präsidenten Russlands und Chinas, bereits zu Beginn der Ratspräsidentschaft Kritik auf sich zog, wird die Bilanz der ungarischen Ratspräsidentschaft insgesamt positiver bewertet, als von vielen Kritikern der ungarischen Regierung zuvor erwartet. Die ungarische Ratspräsidentschaft von vielen Beobachtern als professionell organisiert und offen für Debatten beschrieben.

Orbán betonte, dass Ungarns EU-Ratspräsidentschaft keine rein verwaltende Funktion einnehmen, sondern politische Entscheidungen vorantreiben wollte. Zu den wichtigsten Errungenschaften gehört die Aufnahme Rumäniens und Bulgariens in den Schengen-Raum, ein Schritt, der als zentrale Mission Ungarns bezeichnet wurde. Darüber hinaus trieb Ungarn im Bereich der Migrationspolitik verschärfende Richtlinien voran und schuf neue Dynamiken in den Beitrittsgesprächen mit den Westbalkanländern. Auch EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen lobte diese Ergebnisse und dankte Ungarn für die erzielten Fortschritte. Gleichzeitig wurde die Ratspräsidentschaft von innereuropäischen Spannungen und Boykotten begleitet. So verlegte beispielsweise EU-Chefdiplomat Josep Borrell kurzerhand eine Sitzung der Außen- und Verteidigungsminister von Budapest nach Brüssel. Mehrere EU-Mitgliedstaaten entsandten zu vereinbarten Treffen des Öfteren lediglich rangniedrigere Vertreter und EU-Kommissare blieben den Sitzungen gar fern.

Die Kritik an der ungarischen EU-Ratspräsidentschaft kam im Voraus vor allem aus einigen westlichen Mitgliedstaaten. Es wurde befürchtet, dass Orbán als Regierungschef eines EU-Staats, der selbst wegen Rechtsstaatsdefiziten in der Kritik steht, die Präsidentschaft nutzen könnte, um die EU selbst oder den Einfluss der EU-Institutionen zu schwächen – eine Befürchtung, welche sich jedoch nicht bewahrheitete. Vielmehr habe Budapest dazu beigetragen, Entscheidungen, die im gemeinsamen Interesse der EU liegen, aktiv voranzutreiben. Insgesamt zeigt die Bilanz der ungarischen Ratspräsidentschaft, dass nationale Interessen und europäische Integration kein Gegensatz sein müssen. Ungarn hat bewiesen, dass es trotz Kritik und nicht unumstrittener Positionen handlungsfähig ist und wichtige politische Ziele umsetzen kann.

EU-Kommission würdigt Ungarns Fortschritte bei der Bekämpfung der Schattenwirtschaft

Die Europäische Kommission hat Ungarns Maßnahmen zur Bekämpfung der Schattenwirtschaft ausdrücklich anerkannt. Laut Finanzminister Mihály Varga hat Ungarn in der EU-Rangliste den 4. Platz erreicht. Besonders hervorgehoben wird der deutliche Rückgang der nicht gezahlten Mehrwertsteuer, deren Anteil seit 2010 von 22,3 % auf 2,3 % gesenkt werden konnte. Dieser Wert liegt deutlich unter dem EU-Durchschnitt von 8,3 %. Varga erklärte, dass die ungarische Steuerpolitik in den letzten 15 Jahren auf dem Prinzip basierte, Steuern effektiver zu erheben, statt sie zu erhöhen. Durch die gezielte Bekämpfung von Mehrwertsteuerhinterziehung konnte der Anteil der Schattenwirtschaft erheblich reduziert werden, während gleichzeitig die Steuerlast für die Bürger gesenkt werden konnte. Diese Reformen stärken zudem insbesondere lautere Unternehmen, die von einem faireren wirtschaftlichen Umfeld profitieren. Dies trage wesentlich zur wirtschaftlichen Stabilität und zum Wachstum des Landes bei. Die Anerkennung durch die Europäische Kommission zeigt, dass die auf Effizienzsteigerung und Steuertransparenz ausgerichtete Steuerpolitik des Landes erfolgreich war.

Beitritt Rumäniens und Bulgariens zum Schengenraum

Zum Jahreswechsel 2025 sind Rumänien und Bulgarien dem Schengen-Raum beigetreten, womit die Kontrollen an den Landgrenzen zu den Nachbarstaaten entfallen. Bereits im März 2024 wurden die Grenzkontrollen an Flughäfen und Seegrenzen aufgehoben. Für Reisende per Auto und Bahn zwischen Rumänien und Ungarn sowie Bulgarien und Griechenland bedeutet dies das Ende der systematischen Grenzkontrollen. Stattdessen erfolgen diese nur noch stichprobenartig in einem 30 Kilometer breiten Grenzgebiet. Der Beitritt der beiden Länder schließt eine jahrelange politische Debatte innerhalb der EU ab, da Rumänien und Bulgarien bereits seit ihrem EU-Beitritt im Jahr 2007 auf die Aufnahme in den Schengen-Raum warteten. Das Veto Österreichs, das den Beitritt lange blockierte, wurde erst im Dezember 2024 aufgehoben. Wien hatte Bedenken im Zusammenhang mit der irregulären Migration geäußert, zeigte sich aber nach einer Verstärkung des Schutzes der EU-Außengrenzen an der bulgarisch-türkischen Grenze bereit, seine Zustimmung zu erteilen. Die fehlende Mitgliedschaft hatte erhebliche volkswirtschaftliche Kosten verursacht: Laut dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EESC) verlor Rumänien jährlich 2,32 Milliarden Euro, Bulgarien etwa 834 Millionen Euro.

Die Aufnahme Rumäniens und Bulgariens wird insbesondere in Ungarn als historische Errungenschaft gesehen. Laut Levente Magyar, Staatssekretär des ungarischen Außenministeriums, beseitigt der Beitritt eine symbolisch bedeutsame Grenze zwischen Ungarn und Rumänien, die seit dem Vertrag von Trianon als schmerzlich empfunden wurde und die Anbindung der ungarischen Diaspora an das Mutterland erschwerte. Magyar betonte das Interesse Ungarns an engen Beziehungen zu Rumänien und lobte die ungarische Ratspräsidentschaft für ihren Einsatz zur Aufhebung der letzten politischen Hindernisse. Durch den Beitritt erhöht sich die Zahl der Straßenverbindungen zwischen Ungarn und Rumänien von 12 auf 22. Dies verkürzt die Wege für Anwohner im grenznahen Raum erheblich und bietet neue wirtschaftliche und soziale Chancen für die Bevölkerung auf beiden

Seiten der Grenze. Der Beitritt gilt als wichtiger Schritt zur Stärkung des europäischen Integrationsprojekts.

Unterstützung für die Ukraine

Am 4. Dezember 2024 fand die jährliche Anhörung des Kanzleramtsministers Gergely Gulyás vor dem parlamentarischen Justizausschuss statt. Der Bericht des Ministers gab unter anderem Auskunft über die ungarische Hilfe für die Ukraine im Zuge des russischen Angriffskrieges, dessen Auswirkungen die letzten drei Jahre geprägt hätten. Der Minister gab bekannt, dass man in diesen drei Jahren rund 1,5 Mio. ukrainische Flüchtlinge in Ungarn aufgenommen habe, für die man rund 100 Mrd. Forint (ca. 250 Mio. Euro) aufgewendet habe. Etwa 50.-60.000 Angehörige der transkarpatischen ungarischen Minderheit (im Jahr 2011 wurden rund 141.000 Ungarn in der Ukraine gezählt) seien seit 2022 nach Ungarn geflohen. Weitere Zehntausende ethnische Ukrainer würden sich ebenfalls in Ungarn aufhalten (laut UNHCR derzeit etwa 61.000 Personen). Rund 5.000 ukrainische Kinder würden im Augenblick in ihrer Muttersprache an ungarischen Schulen unterrichtet. Ferner biete man den Flüchtlingen Zugang zur ungarischen Sozial- und Gesundheitsfürsorge sowie Arbeitsplätze. Damit leiste Ungarn die größte humanitäre Hilfsaktion seiner Geschichte, so der Minister. Ungarn ist darüber hinaus im Übrigen der größte Stromlieferant der Ukraine.

Zwei Tage zuvor hatte der ungarische Staatssekretär des Außenministeriums, Levente Magyar, in Abstimmung mit seinem ukrainischen Kollegen, dem stellvertretenden Leiter im Präsidentenamt von Wolodymyr Selenskyj und vormaligen Gouverneur der ukrainischen Grenzregion zu Ungarn, dem Oblast Transkarpatien, am Grenzübergang Astei in Transkarpatien bekanntgegeben, dass die Nachbarstaaten gemeinsam Fördermittel in Höhe von 1 Mrd. Euro für den infrastrukturellen Ausbau der Grenzregion aus Brüssel beantragen würden. Der ungarisch-ukrainische Plan sieht unter anderem zwei neue Schnellstraßen sowie die Öffnung eines neuen Grenzübergangs für den Güterverkehr vor. Im Bahnverkehr soll eine Direktverbindung von Budapest nach Kiew eingerichtet werden. Die Modernisierung des Grenzverkehrs stand bereits seit 2013 auf der Agenda. Mit dem Streben der Ukraine in die EU hat das Projekt nun neue Fahrt gewonnen.

Haushalt für das Jahr 2025 verabschiedet

Die ungarische Nationalversammlung verabschiedete am 20. Dezember 2024 den Staatshaushalt für das kommende Jahr mit 125 Ja-Stimmen zu 56 Nein-Stimmen und ohne Enthaltungen. Die verabschiedete Haushaltsplanung für 2025 zeigt eine Fortführung bisheriger wirtschaftspolitischer Prioritäten. So bleiben die Maßnahmen zum Schutz vor steigenden Energiekosten bestehen, wofür insgesamt 880 Milliarden Forint vorgesehen sind. Die Sozialausgaben bleiben ebenfalls ein zentraler Schwerpunkt des Budgets: Die Rentenzahlungen sollen auf 7.200 Milliarden Forint ansteigen, ein Plus von 650 Milliarden Forint im Vergleich zum Vorjahr. Die Regierung sichert zudem die Auszahlung der 13. Monatsrente zu und garantiert Rentenerhöhungen entsprechend der Inflationsrate. Die Budgetplanung sieht des Weiteren eine Erhöhung der Mittel für Bildung und Gesundheit vor. Die Ausgaben für den Bildungssektor steigen um 500 Milliarden Forint auf insgesamt 3.876 Milliarden Forint. Im Gesundheitswesen wird ein Budget von 3.717 Milliarden Forint bereitgestellt, was eine Erhöhung um 330 Milliarden Forint bedeutet. Die Gesamteinnahmen des zentralen Haushalts sind auf 39.043 Milliarden Forint veranschlagt, was einer Steigerung

um 803 Milliarden Forint gegenüber 2024 entspricht. Der Haushaltsreservefonds wurde auf 100 Milliarden Forint festgelegt, und das nominale BIP wird für das Jahr 2025 auf 88 Billionen Forint geschätzt. Vor der finalen Abstimmung wurden durch die Regierungsmehrheit einige entscheidende Änderungen am Haushaltsentwurf vorgenommen. Dazu gehören u.a. Lohnerhöhungen für Lehrer und Richter sowie die Entscheidung, dass die Gehaltszahlungen für Mitarbeiter im diplomatischen Dienst künftig in US-Dollar anstatt in Forint erfolgen. Ein bemerkenswerter Punkt betrifft den Verkehrsminister Lázár János, welchem umfassende finanzielle Befugnisse zur Finanzierung des öffentlichen Busverkehrs eingeräumt wurden. Er kann diese Ausgaben nun ohne Einschränkungen oder Budgetvorgaben tätigen.

Weitere Anpassungen betreffen die Erhöhung der Unterstützungen für kommunale Verwaltungen sowie für nationale Minderheitenvertretungen. Gleichzeitig wurde eine neue Haushaltsposition im Kulturbereich eingeführt: Zehn Milliarden Forint werden zur Förderung historischer Filme bereitgestellt. Auch die Ausgaben für Großsportveranstaltungen steigen um eine Milliarde Forint auf insgesamt 33 Milliarden Forint. Im Bereich der sozialen Dienste erhält der nichtstaatliche Sektor zusätzliche 30 Milliarden Forint, während die Mittel für kommunale Sozialaufgaben um drei Milliarden Forint gekürzt wurden. Die Regierung setzt mit dem neuen Haushalt auf eine Fortführung des wirtschaftspolitischen Stabilitätskurses. Von Seiten der EU wurden jedoch Zweifel an den ungarischen Wirtschaftsprognosen geäußert. In der Haushaltsplanung für 2024 musste das Defizit von 2,9 % auf 4,5 % korrigiert werden. Die Regierung hat sich jedoch verpflichtet, das Defizit bis 2026 auf unter drei Prozent zu senken, um den EU-Vorgaben zu entsprechen. Insgesamt stellt der Haushalt für 2025 eine Mischung aus stabilisierenden Maßnahmen und gezielten Investitionen in soziale, kulturelle und infrastrukturelle Bereiche dar. Trotz der positiven Wachstumsprognosen bleibt abzuwarten, ob die gesteckten wirtschaftspolitischen Ziele in einem zunehmend herausfordernden internationalen Umfeld erreicht werden können.

Neues aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft

Konferenz über nationale Identität

Vom 4.-5. Dezember 2024 fand die europäische „Interparlamentarische Konferenz über das kulturelle Erbe und die Identität der nationalen Gemeinschaften“ im Budapester Parlamentsgebäude statt. Geladen waren Delegationen aus allen europäischen Mitgliedstaaten. Der ungarische Parlamentspräsident László Kövér forderte: „Die UNO muss das Recht auf nationale Identität unter die universellen Menschenrechte aufnehmen. Alle Menschen sollen das Recht haben, von ihren Vorfahren frei deren Muttersprache, Kultur und den angestammten Charakter ihrer Heimat zu erben.“ Eine vergleichbare Initiative zum Schutz der Menschenwürde war von der ungarischen Nationalversammlung bereits 2022 umgesetzt worden. Man hoffte hierbei, aus dem Karpatenbecken heraus ein Zeichen für den ethnischen Frieden, Stabilität und Sicherheit in Europa und weltweit zu setzen. Eine weltweite Umsetzung des ungarischen Vorschlags würde zur Stärkung der Demokratie und innerhalb Europas über die nationalen Minderheiten zur Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen den Nationalstaaten und Stärkung der europäischen Gemeinschaft führen.

Als Vertreter der deutschen Delegation war unter anderem der sächsische CDU-Politiker und ehemalige Präsident des Sächsischen Landtags, Matthias Rößler, anwesend. Dieser warnte

vor Geschichtsvergessenheit und einer kulturellen Selbstaufgabe. Die Sachsen hätten sich schon immer als Mitteleuropäer empfunden. Dabei nahm er als positives Beispiel Bezug auf das 1224 ausgestellte Andreanum, ein Freibrief des ungarischen Königs für die sächsischen Siedler, das ihnen nachhaltig die Freiheit ihrer Kultur und Gemeinschaft im damaligen Königreich Ungarn garantierte. Rößler bekräftigte, dass man die Vielfalt der Kulturen bewahren müsse und sie vor der „seelenlosen globalen Kultur“ schützen müsse: „Eine Gemeinschaft, die ihr historisches Erbe nicht pflegt, verliert ihre Identität und ist so dem Untergang geweiht. Davor müssen wir unsere Völker hier in Mitteleuropa bewahren!“

Orbán zu EU-Geldern und Wirtschaftslage: „Europas Wirtschaft bricht gerade auseinander“

In einem Interview Anfang Dezember äußerte sich Ministerpräsident Viktor Orbán zur Situation der eingefrorenen EU-Gelder und der aktuellen Wirtschaftslage. Er bekräftigte, dass man derzeit 12,5 Mrd. Euro der Mittel abrufen könne, womit im Hinblick auf die Wirtschaft bis Ende 2026 vorgesorgt sei. Die eingefrorenen Gelder müsse Ungarn jedoch spätestens im Jahr 2027/28 erhalten. Andernfalls werde man dem nächsten Haushaltsplan der EU für den Zeitraum nach 2027 nicht zustimmen, für den eine einstimmige Entscheidung vonnöten ist. Orbán zeigte sich in dieser Angelegenheit zuversichtlich.

Kritischer schätzte er die Lage der Wirtschaft in der EU ein. Insbesondere im Hinblick auf die schwächelnden Volkswirtschaften Deutschlands und Frankreichs sowie die seiner Meinung nach verfehlte EU-Wirtschaftspolitik mahnte er: „Europas Wirtschaft bricht gerade auseinander“. In Deutschland würden derzeit so viele Werke schließen, wie man es seit der Jahrtausendwende nicht mehr erlebt habe. Damals, vor den Schröder'schen Reformen der Agenda 2010, war Deutschland bereits einmal als kranker Mann Europas gehandelt worden. „Die Belegschaft in solchen Werken in Deutschland muss heute Tag für Tag bangen, ob es noch ein Morgen gibt“, so der Ministerpräsident. Ungarn sei in diesem Sinne dankbar für jegliche Investitionen und arbeite an einem Umfeld, in dem derartige Schließungen wie in Deutschland nicht passieren müssten: „Das Beispiel BMW zeigt, dass die Deutschen ihre Aktivitäten bei uns eher noch ausbauen, weil sie hier bessere Rahmenbedingungen vorfinden.“ Man wolle sich ferner unabhängiger von den Schwierigkeiten der deutschen Industrie machen und eine Politik der wirtschaftlichen Neutralität verfolgen: „Wir dürfen nicht nur auf Brüssel achten, für uns sind auch die USA und China wichtig, um das nötige Gleichgewicht zu finden.“

Orbán als EU-Unterhändler für Trump?

Das gute Verhältnis zwischen dem ungarischen Ministerpräsidenten und dem gewählten Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika ist kein Geheimnis. Viktor Orbán zählte stets zu den beherztesten europäischen Unterstützern Donald Trumps im Wahlkampf und auch der amerikanische Präsident äußerte sich wiederholt positiv über den ungarischen Ministerpräsidenten. Diese politische Nähe sorgte jedoch bei einigen politischen Widersachern in Brüssel für Unbehagen, fürchtete dort doch manch einer ein weiteres Erstarken des Ungarn. Der österreichische Ökonom Gabriel Felbermayr schlug nun in einem FAZ-Interview überraschend vor, dass die EU bei Beginn der zweiten Amtszeit von Donald Trump den ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán für die eigene Sache einspannen und als Verhandlungsführer einsetzen solle. Aufgrund der zunehmenden wirtschaftlichen Abhängigkeit der Europäischen Union von den Vereinigten Staaten, beispielsweise beim Bezug von LNG-Gas, sowie wachsender geopolitischer Spannungen befinde sich die EU, laut

Felbermayr, zurzeit in einer schwachen Position. Der Ökonom betonte den Wert des guten persönlichen Verhältnisses der beiden Politiker, da Trump viele der anderen EU-Spitzenpolitiker als Globalisten betrachte und ablehnend gegenüberstehe. Zudem hätte Ungarn ein Eigeninteresse an erfolgreichen Verhandlungen, um beispielsweise Strafzölle auf die wirtschaftlich bedeutende Automobilindustrie abzuwenden.

Ehemaliger stellvertretender polnischer Minister erhält Asyl in Ungarn

Der ehemalige stellvertretende polnische Justizminister Marcin Romanowski hat in Ungarn politisches Asyl erhalten, nachdem ein europäischer Haftbefehl gegen ihn erlassen wurde. Romanowski wird von der polnischen Staatsanwaltschaft vorgeworfen, in organisierte Kriminalität verwickelt und für die unrechtmäßige Verwendung öffentlicher Gelder im Justizministerium verantwortlich zu sein. Ungarns Regierung rechtfertigt die Gewährung des erwähnten Asylstatus mit Zweifeln an der Unparteilichkeit des polnischen Rechtsstaats unter der neuen Regierung. Die Entscheidung löste diplomatische Spannungen zwischen beiden Ländern aus. Der polnische Außenminister Sikorski bezeichnete den Schritt als „unfreundlichen Akt“ gegenüber Polen und der EU. Ungarns Regierung sieht in der Asylgewährung einen Schutz vor politisch motivierter Verfolgung, ähnlich wie zuvor im Fall des nordmazedonischen Ex-Premiers Gruevski.

KDNP-Chef für weitere fünf Jahre gewählt

Zsolt Semjén, der bisherige Parteivorsitzende der Christlich-Demokratischen Volkspartei KDNP und ungarischer Vizeministerpräsident, wird auch weitere fünf Jahre an der Spitze seiner Partei stehen. So beschloss es der Landeswahlausschuss der Christdemokraten am Sonntag, den 8. Dezember 2024. „Ohne eine starke KDNP gibt es kein starkes Bündnis Fidesz-KDNP und auch keinen Wahlsieg 2026“, hob der wiedergewählte Parteichef hervor. In seiner Rede besann er sich auf die Werte und die Anfänge seiner Partei, die sich bereits in den Vierzigerjahren gegen die braune und anschließend gegen die rote Diktatur gestellt habe. Von Beginn an sei die KDNP eine christdemokratische, christlich-soziale Partei gewesen, die sich sowohl „gegen den Wildwestkapitalismus“ als auch „gegen den Marxismus“ definiert habe. Neben Semjén wurden weitere sieben stellvertretende Parteivorsitzende in das Präsidium gewählt.

Gefährliche Falschmeldungen über Assad in Ungarn

Mit leichtsinnigen Spekulationen sorgte unter anderem der Vorsitzende der oppositionellen Tisza-Partei Anfang Dezember für Aufsehen, der im Zuge des Zusammenbruchs des syrischen Assad-Regimes in den sozialen Medien Gerüchte anstachelte, Ungarn habe dem gestürzten Diktator politisches Asyl gewährt, der in einer Nacht-und-Nebel-Aktion am Budapester Flughafen gelandet sein solle. Sein nach wie vor öffentlicher Facebook-Post wurde 4.700-mal geteilt und entfachte einen „Fakenews-Tsunami“ in den sozialen Medien, so der ungarische Außenminister, der die betreffenden Journalisten und Politiker noch von seiner Auslandsreise nach Mar-a-Lago eilig um Zurückhaltung und verantwortungsbewusstes Handeln bat. Der Außenminister wies darauf hin, dass in Syrien bewaffnete und international vernetzte Terrororganisationen aktiv seien und derartige Falschmeldungen für ganz Ungarn und seine Bürger, insbesondere jene vor Ort, gefährlich werden könnten: „Sie sollten sich im Klaren darüber sein, dass Sie hier kein Fortnite spielen, das ist die blanke Wirklichkeit. Auf dem Gelände unserer Botschaft in Damaskus tauchten Bewaffnete auf, zum Glück wurden die Mitarbeiter rechtzeitig evakuiert.“ Die linksliberale Zeitung „Magyar Hang“ entschuldigte

sich für die Verbreitung der Falschmeldungen, andere hingegen ließen ihre Beiträge öffentlich. Das ungarische Amt für Verfassungsschutz leitete eine Untersuchung ein, die prüfen solle, ob die Angelegenheit die nationale Sicherheit Ungarns untergeben habe und deren Ergebnis dem zuständigen Parlamentsausschuss übermittelt wird.

Prognose: Wirtschaftswachstum und Inflation 2025

Die Ungarische Nationalbank prognostiziert in ihrem kürzlich erschienenen Bericht für 2025 eine Inflation von 3,3 bis 4,1 %, während das BIP-Wachstum auf 2,6 bis 3,6 % geschätzt wird. Ursächlich für die verschlechterten ökonomischen Aussichten sind der schwache Forint, die steigenden Rohstoffpreise und die Einführung inflationsgebundener Steuererhöhungen, die unter anderem Treibstoff, Alkohol und Tabak betreffen. Besondere Herausforderungen seien vor allem strukturelle Probleme und der Mangel an neuen Investitionen. Hoffnung bieten drei Großprojekte im Automobilsektor, die das Wirtschaftswachstum 2025 stützen könnten. Dennoch bleiben die wirtschaftlichen Risiken hoch, insbesondere durch die anhaltenden Inflationsgefahren und das fragile Konsumklima.

Rückkauf der Straßenbeleuchtung in Budapest

Die Stadtwerke Budapest haben die Anteile des deutschen Energieunternehmens E.ON an der BDK Kft., dem für die Straßenbeleuchtung Budapests zuständigen Versorger, vollständig übernommen. Der Kaufpreis betrug 4,24 Mrd. Forint (ca. 10,5 Mio. Euro) und wurde aus Eigenmitteln finanziert. Die Übernahme erhielt breite politische Zustimmung und wurde von der ungarischen Wettbewerbsaufsicht (GVH) sowie dem Energieamt (MEKH) genehmigt. Die BDK Kft. verwaltet rund 190.000 Lampen im Stadtgebiet und betreibt ein Netz von über 6.000 km Leitungen. Dies ist bereits die zweite größere Nationalisierung der städtischen Infrastruktur, nach dem Rückkauf des Flughafens in Budapest durch die ungarische Regierung im Juni 2024.

Berufsschulbildung auf dem aufsteigenden Ast

Die berufliche Bildung in Ungarn wird immer besser. Die legt die jährlich vom Wochenmagazin „Mandiner“ veröffentlichte Top 100-Rangliste der besten Berufsschulen Ungarns für das kommende Jahr 2025 dar. Diese beruht auf öffentlichen Daten der zuständigen Bildungsämter und bewertet fachliche Leistungen, die Anzahl der Lehrkräfte und die (digitale) Ausstattung der Schulen. Und die Zahlen verbessern sich rasch. Benötigte im Jahr 2022 eine Schule noch 68 von 100 Punkten, um unter den besten 100 zu stehen, sind es nunmehr ganze 85,5 Punkte. In jedem ungarischen Komitat war mindestens eine Berufsschule auf der Exzellenzliste vertreten – am häufigsten das wirtschaftsstarke westungarische Komitat Győr-Moson-Sopron, das ganze 14-mal vorkam und dessen Hauptstadt Győr als einzige Stadt ganze zwei Mal in den Top 10 erschien. Als beste Berufsschule wurde das Technikum in Vác, Komitat Pest, ausgezeichnet, das 95,8 Punkte erreichte. Die Staatssekretärin für Berufs- und Erwachsenenbildung Veronika Varga-Bajusz hob hervor, dass man großen Wert auf die Entwicklung beruflicher, insbesondere berufspraktischer Kenntnisse lege. Ungarn durchlaufe einen erfolgreichen Strukturwandel in der Berufsausbildung, der beweise, dass man den sich ständig wandelnden Anforderungen des Arbeitsmarktes gerecht werden könne. Solchen Schülern, die sich im Anschluss an ihre Ausbildung mit einem Hochschulstudium weiterbilden möchten, biete man die Möglichkeit, ihr Studium mit bereits gutgeschriebenen Leistungspunkten zu beginnen. So werde die Berufsbildung zur attraktiven Alternative für angehende Studenten.

Steigende Zahl der Pädagogen in Ungarn

Die Zahl der hauptberuflich angestellten Lehrer in Ungarn stieg 2024 um fast 3.000 auf über 144.000, während 43.500 Erzieher die pädagogische Arbeit unterstützen. An Grundschulen liegt das Schüler-Lehrer-Verhältnis bei 9,7, deutlich unter dem EU-Durchschnitt von 12,1, was auf eine verbesserte Personalausstattung hinweist.

Neuigkeiten vom Deutsch-Ungarischen Institut

Praktikumsausschreibung

Das Deutsch-Ungarische Institut vergibt ab sofort **neue Praktikumsstellen** an interessierte **Studenten aus dem deutschsprachigen Raum**. An unserem Institut bieten wir den Praktikanten eine Auslandserfahrung in einem dynamischen Team mit fachbezogenen und verantwortungsvollen Aufgaben, individueller Betreuung und voller ERASMUS+-Kompatibilität in den **Bereichen Forschung, Veranstaltungsmanagement, Kommunikation und Begabtenförderung**. Interessiert? Den Link zu unserer Ausschreibung finden Sie [hier](#).

Ausschreibung für ein Junior Visiting Fellowship

Das Deutsch-Ungarische Institut vergibt ab sofort **neue Stipendien als Junior Visiting Fellow** an interessierte **junge Wissenschaftler bis 35 Jahre aus dem deutschsprachigen Raum**. An unserem Institut bieten wir eine mehrmonatige Fellowship in einem internationalen Arbeitsumfeld mit **geisteswissenschaftlichem Fachbezug** und deutschsprachigem Team, inkl. An- und Abreise, Krankenversicherung, monatlichem Stipendium, Arbeitsplatz, Reismöglichkeiten und Teilnahme an Veranstaltungen und internationalen Konferenzen, uvm. Dabei legen wir Wert auf einen professionellen und familienfreundlichen Ansatz. Genaue Details zur Stipendiums Ausschreibung finden Sie [hier](#).

Vergangene Veranstaltungen



Am **6. Dezember 2024** veranstaltete das Deutsch-Ungarische Institut eine Buchvorstellung des Sammelbandes **„Ungarnreal. Ungarn aus erster Hand“**. Im Rahmen der Veranstaltung fand eine 90-minütige Podiumsdiskussion mit der Herausgeberin des Buches, der Kulturhistorikerin sowie Gründerin und Chefredakteurin des gleichnamigen

deutschsprachigen ungarischen Kulturportals Ungarnreal, **Dr. Irén RAB**, statt. Weiterhin am Podium teil nahmen **Bence BAUER**, Direktor des DUI, sowie als Moderatorin **Ágnes HORVÁTH**, Redakteurin bei MTVA für Kossuth Radio. Das Buch beinhaltet 74 Beiträge von 31 verschiedenen Autoren zu den Themen Ungarnbild, ungarische Geschichte, Kultur, Landeskunde und Erinnerungskultur. Weiterhin wird es mit historischen Quellen in deutscher Übersetzung angereichert. Damit möchte es dem deutschen Leser einen Orientierungskompass an die Hand geben, um Ungarn besser zu verstehen. Den gesamten Veranstaltungsbericht können Sie unter folgendem [Link](#) abrufen.

Am **10. Dezember 2024** veranstaltete das Deutsch-Ungarische Institut für Europäische Zusammenarbeit eine Veranstaltung am MCC-Bildungszentrum in Békéscsaba mit dem Titel „**Politische und rechtliche Nuancen der deutschen Regierungskrise**“. **Bence BAUER**, Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts, thematisierte den aktuellen Stand der deutsch-ungarischen Beziehungen sowie die wirtschaftliche und politische Krise in Deutschland. Moderiert wurde die Veranstaltung von **Mónika MITTAG**, Leiterin des MCC-Bildungszentrums in Békéscsaba. Den Bericht zur Veranstaltung finden Sie unter dem folgenden [Link](#).

Bevorstehende Veranstaltungen

Am **13. Januar 2025** wird das Deutsch-Ungarische Institut für Europäische Zusammenarbeit in Kooperation mit der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland e.V. einen weiteren Vortrag der Reihe „**Deutschland und Ungarn im Gespräch**“ veranstalten. Das diesmalige Thema des Vortrags von Europaabgeordneten **Ernő SCHALLER-BAROSS** wird sich um „**Ungarns Europapolitik**“ drehen. Wie gewohnt wird die Veranstaltung online via Zoom stattfinden. Einen Link zur [Einladung](#) und zum [Registrationslink](#) finden Sie online auf unserer Webseite.

Am **10. Februar 2025** eröffnet das Deutsch-Ungarische Institut für Europäische Zusammenarbeit offiziell sein Veranstaltungsjahr 2025 mit einem Abendvortrag von **Prof. Dr. Helmuth KIESEL**, Professor Emeritus für Neuere Deutsche Literatur am Germanistischen Seminar der Universität Heidelberg. Die Veranstaltung mit dem Titel „**Ernst Jünger und seine Zeit**“ wird im **MCC Budapest** stattfinden. Im Anschluss wird es eine Podiumsdiskussion mit **Bence BAUER**, Direktor des DUI, geben. Weitere Informationen und die Möglichkeit zur Anmeldung finden Sie im Laufe des Januars auf der Webseite des DUI.

Veröffentlichungen

In seinem am **2. Dezember 2024** im Journal **Hungarian Conservative** erschienenen Aufsatz „**Twelve Pillars of Conservative Policymaking**“ arbeitet **Bence BAUER**, Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit, zwölf Säulen konservativer Politik in Ungarn und Europa heraus und versucht sich damit an ein allgemein verbindliches Programm des europäischen Konservatismus anzunähern. Die Analyse finden Sie in Band 4 Nummer 4, Jahrgang 2024 der Zeitschrift. Den Artikel erreichen Sie überdies auch [hier](#).

Am **22. Dezember 2024** erschien in der **Budapester Zeitung** die Rezension „**Ein Reiseführer für Ungarnversther**“ von **Alexander RASTHOFER**, Forschungs koordin ator am Deutsch-Ungarischen Institut, zum Buch „**Ungarnreal. Ungarn aus erster Hand**“ von **Irén RAB**. Den Artikel erreichen Sie [hier](#).

Besuchstipp



Munkácsy-Ausstellung im Museum der Schönen Künste
(Quelle: ligetbudapest.hu)

Das Museum der Schönen Künste in Budapest ist mit seiner beeindruckenden Sammlung und seiner Lage am Heldenplatz und unweit des Budapester Stadtwäldchens immer einen Besuch wert. Anlässlich des 125. Todestages des berühmten ungarischen Malers Mihály Munkácsy, lockt das Museum die Besucher mit einer Sonderausstellung in seine neoklassizistischen Räumlichkeiten. Die Ausstellung zeigt mehr als hundert Kunstwerke, Archivfotos, Dokumente und Kulturgüter, die dazu beitragen, das Leben, die Leistungen und das unvergleichlich reiche Werk eines der berühmtesten ungarischen Maler noch besser zu verstehen. Der Eintrittspreis beträgt 6.800 Forint und die Ausstellung wird noch bis zum 30. März 2025 besuchbar sein.

Der **Monatsbrief Ungarn** wird auch in der Folge immer am ersten Mittwoch des Monats in Ihrem E-Mail-Fach zu finden sein.

Impressum: Deutsch-Ungarisches Institut für Europäische Zusammenarbeit

Direktor: Bence Bauer

Zuständige Mitarbeiter: Alexander Rasthofer, Tristan Csaplár

Büro: 1113 Budapest, Tas Vezér u. 3-7

Postadresse: 1518 Budapest, Pf. 155

Web: <https://www.deutsch-ungarisches-institut.hu/>

E-Mail: mni@mcc.hu